BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH

HALLE (SAALE)

BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG

DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2014

UND DES LAGEBERICHTS FÜR

DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
ANLAGENVERZEICHNIS		3
A.	PRÜFUNGSAUFTRAG	4
B.	GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	6
I.	Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	6
II.	Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	16
C.	GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	17
D.	FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	21
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	21
1.	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	21
2.	Jahresabschluss	22
3.	Lagebericht	23
II.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	23
1.	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	23
2.	Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	24
III.	Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	24
1.	Vermögenslage (Bilanz)	24
2.	Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	31
3.	Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	33
E.	FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFTRAGES	36
I.	Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	36
F.	WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG	37

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2014
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2014
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014
5. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
6. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse
7. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
8. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

A. PRÜFUNGSAUFTRAG

Die Gesellschafterversammlung der

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH,

Halle (Saale)

- im Folgenden auch kurz "TGZ" oder "Gesellschaft" genannt -

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 der Gesellschaft, gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. Juli 2014 zugrunde, durch den wir gemäß § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Abschlussprüfer gewählt wurden. Wir haben den Auftrag unverzüglich angenommen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Gemäß Gesellschaftsvertrag richten sich die Anforderungen an den Jahresabschluss und den Lagebericht jedoch nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind aufgrund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages freiwillig gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG zu beachten.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages werden im Abschnitt E. wiedergegeben. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3) sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage 6 tabellarisch dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002" zugrunde. Die Höhe unserer Haftung ergibt sich aus Nr. 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedigungen maßgebend.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage der Gesellschaft ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen in der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden in das TGZ Halle technologisch hoch qualifizierte Fachkräfte und Absolventen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen, aufgenommen, gefördert und beraten.

Jungen Unternehmen stellt das TGZ Räume und Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung, vermittelt Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen sowie Finanzierungshilfen aus öffentlichen und privaten Quellen und bietet ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten an.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen führt das TGZ Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer und Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark weinberg campus in Halle sind auf einer Fläche von 35.750 m² Bauland insgesamt 6 Neubauten entstanden. Zudem wurde ein Altbau saniert. Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. EUR 62,6 Mio. wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können (Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2-Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material-wissenschaftliche Untersuchungen und GMP).

Auf dem weinberg campus in Halle zeichnet sich eine biotechnologische/biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Unviersität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen, wie z. B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt.

Im Berichtsjahr wurden in diesem Zusammenhang zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

In der BIO-NANO-Branche und angrenzenden Gebieten ist die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und somit schwieriger als in der Gesamtwirtschaft.

Darüber hinaus erschwerten die finanziellen, wirtschaftspolitischen und fördertechnischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten.

Hinzu käme eine teilweise extreme Wettbewerbsverzerrung in Folge von einem verschärften Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer durch z. B. spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse von Kommunen und Landesregierungen.

Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die TGZ Halle GmbH habe die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität.

Der derzeitige Mietzins konnte in 2014 noch beibehalten werden, obwohl höhere Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden seien. Größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen seien notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur am Standtort Halle auch zukünftig zu erhalten.

Weiterhin habe die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit eingenommen. Ein Ziel der TGZ Halle GmbH bestehe darin, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben.

Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan seien keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche des TGZ Halle führten.

Ertragslage

Der Lagebericht stellt die Ertragslage des Geschäftsjahres mit Vorjahresvergleich dar und erläutert wesentliche Sachverhalte:

- Die Betriebsleistung habe sich aufgrund von nicht abgerechneten Nebenkosten, dem Rückgang der Einnahmen aus Projektleistungen und den verminderten sonstigen betrieblichen Erträgen auf TEUR 3.851 (Vj TEUR 4.206) um 8,4 % vermindert.

- Die Personalkosten erhöhten sich leicht um TEUR 17 auf TEUR 530 (Vj TEUR 513).

- Das Abschreibungsvolumen des Geschäftsjahres beträgt TEUR 2.177 (Vj TEUR 2.356).

- Die korrespondierende Verminderung der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen beträgt TEUR 1.600 (Vj TEUR 1.761).

- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich um TEUR 263 auf TEUR 2.715.

- Das Finanzergebnis verminderte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um TEUR 8 von TEUR 32 auf TEUR 24.

- Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 43 und liegt damit um TEUR 73 unter dem Vorjahresbetrag von TEUR 116.

Finanz- und Vermögenslage

- Ziel müsse es sein, dass Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sei. Zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres betrugen die liquiden Mittel TEUR 4.703. Aufgrund Umschichtung in das Finanzanlagevermögen in 2014 erhöhten sich die liquiden Mittel um rd. TEUR 2.008.

- Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.499 auf TEUR 32.659 vermindert (-4,4 %).

- Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen verminderte sich gegenüber dem Vorjahr von 90,7 % auf 83,6 %.

Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Unternehmenssteuerung zieht die TGZ Halle GmbH insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 98,03 % ausgelastet. Leerstandzeiten wurden zur Generalinstandsetzung genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung in Höhe von 96,73 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2015 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2016 bis 2020 gebündelt.

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür seien einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Darüber hinaus sei eine Prognose des Ansiedlungspotentials eher schwierig, da Standortwechselentscheidungen von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen beeinflusst werden. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen seien deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren.

Es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem neuen Investor auf dessen Fortbestand am Standort auswirke.

Darüber hinaus plane ein Mieter mit größeren Flächen im TGZ I auf Grund von Wachstumsbestrebungen den Bau einer eigenen Immobilie, wodurch im Jahr 2016 im TGZ I weitere ca. 500 m^2 neu vermietet werden müssten.

Sollten alle drei prognostizierten Szenarien wie beschrieben eintreten, sei im Jahr 2015 mit geringen und ab 2016 mit erhöhten Einnahmeverlusten zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein Absinken der Flächenauslastung auf ca. 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, werde die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche und der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehe hierbei die Ansiedlung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH.

In diesem Zusammenhang wird die Geschäftsleitung im 1. Quartal 2015 ein Zukunftskonzept entwickeln, welches sowohl markgerichtete Aspekte der Standortentwicklung als auch infrastrukturelle Notwendigkeiten berücksichtige.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH sei in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang stehe die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Darüber hinaus seien zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen kaum planbar, da diese durch den Wechsel der EU- Strukturfondsperiode erst im zweiten Halbjahr 2015 beispielweise durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden.

Eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks weinberg campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle und der Region sei zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u. a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel sei eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuereinnahmen und Arbeitsplätze sichere.

Dieses Ziel könne nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 erfolgen.

Die Gesellschaft sehe der Entwicklung des Jahres 2015 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehe davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können. Die Weiterentwicklung des Standortes sei aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch werde entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die TGZ Halle GmbH nehme.

Chancenbericht

Die grundsätzliche Stellung der Gesellschaft als bedeutender Vermieter hochwertiger Laborräume und Büroflächen, verbunden mit der vorhandenen Betreuungskompetenz von Start-up Unternehmen sowie kleineren Unternehmen, die sich in der Stabilisierungsphase befinden, bleibe unverändert. Die Strukturen, die im weinberg-campus nicht zuletzt auch durch die Gesellschaft geschaffen wurden, sind weit überregional einmalig und führen zu einem hohen Akzeptanz- und Bekanntheitsgrad der Gesellschaft. Hieraus ergebe sich für die Gesellschaft die Möglichkeit, bei Auszug von bisherigen Mietern relativ kurzfristig neue Mieter zu finden und weiterhin eine hohe Auslastungsquote zu erzielen.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark weinberg campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr mit der Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum begonnen.

Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangen Jahren zu erheblichen Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite, so dass der Standort Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt sei.

- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen im Technologiepark weinberg campus kommt es wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft sei (Lüftung/Klimatisierung). Diesbezüglich seien weitere Investitionen zu erwarten.

- Dem Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften müsse ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, berge dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen.

- Es herrsche aktuell eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehle, aber auch weil genügend hoch bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten würden.

- Bedingt durch die schwierige konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie in angrenzenden Gebieten verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.

- Technologieorientierte Unternehmen unterlägen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden sei zumeist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik könne mittelfristig zu Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Das städtische Umfeld verfüge über erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der allgemeine Mietzins im Berichtsjahr auf einem niedrigen Niveau stagnierte.

Dieser Entwicklung und dem sich dadurch verschärfenden preislichen Wettbewerb könne nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachten, da der Personalaufwand steige. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die TGZ/Bio-Zentrum Halle GmbH sei in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke, dass die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus stabilisiert werde.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergebe, sei für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Im Falle der weiteren Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung könne es zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich ziehe.

II. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr und in den Folgejahren schätzt die Geschäftsführung vorsichtig positiv ein und geht davon aus, alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen zu können.

Unmittelbare Bestandsgefährdungen sind daher nicht erkennbar.

Sollten sich die im Lagebericht dezidiert aufgeführten Risiken, wie:

- die Auswirkungen der Energiewende, erhöhte Energiekosten für die Mieter,
- erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort,
- Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern,
- geringe Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern
- Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Deutschland für Bio-Nano-Technologie und angrenzende Bereiche
- lange und kapitalintensive Zyklen in der Produktentwicklung von technologieorientierten Unternehmen und damit verbunden die Notwendigkeit der Finanzierung über Wagniskapital

realisieren, kann dies im mittelfristigen Zeithorizont ab 2018 zu Entwicklungsbeeinträchtigungen der Gesellschaft führen.

Darüber hinaus bestehende Tatsachen und Sachverhalte, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder deren zukünftige Entwicklung beeinträchtigen können, sind im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Daneben wurden wir beauftragt, im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergänzend die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG aufgeführten Prüfungs- und Darstellungsvorgaben zu beachten und darüber in berufsüblichem Umfang zu berichten. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichtes sowie auf die in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die uns erteilten Auskünfte verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die uns übermittelten Informationen im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit von April 2015 bis Mai 2015 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Halle und in unserem Büro durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2013 mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk vom 16. Mai 2014; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 17. Juni 2014 unverändert festgestellt.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Grundbuch- und Handelsregisterauszüge sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Vollständigkeit, Richtigkeit und Abgrenzung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Umsatzerlöse
- Beurteilungen im Lagebericht, insbesondere zum Risiko- und Prognosebericht
- Sonstige Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt.

Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir teilweise Saldenbestätigungen, Bank- und Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt bzw. zugrunde gelegt.

Hinsichtlich des Sachanlagevermögens haben wir die uns zur Verfügung gestellten Belege ausgewertet.

Hinsichtlich des wesentlichen Teils der Forderungen lag uns eine Saldenbestätigung der EVH GmbH, Halle (Saale) vor.

Hinsichtlich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch anderweitige Nachweise von der Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Vermögensposten überzeugt.

Für den Nachweis der Umsatzerlöse haben wir stichprobenweise Mietverträge eingesehen und die Werte mit der Finanzbuchhaltung abgeglichen.

Als Nachweis für die Finanzanlagen und liquiden Mittel haben uns Bankbestätigungen vorgelegen.

Bei der Prüfung der Vollständigkeit und Bewertung von Rückstellungen haben wir uns auf Angaben und Erklärungen der Geschäftsführung gestützt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Finanzbuchhaltung der Gesellschaft wird durch ein externes Fachbüro EDV-gestützt mittels der Software DATEV e. G. geführt. Die Anlagenbuchführung sowie die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wurde von der Kapphan · Huber · Roos · Majewski Partnerschaftsgesellschaft im Wege der elektronischen Datenverarbeitung mittels Software der DATEV e. G. geführt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher der Gesellschaft wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung ist festzustellen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten gewährleistet ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben überwiegend in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Geschäftsführergehältern im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2014 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sowie weiterer gesetzlicher Vorschriften vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2HGB).

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D. III.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH erfolgte die Bilanzierung und Bewertung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, wurden nicht durchgeführt. Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2014 nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2013 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristigen (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Vermögensstruktur

	2014 TEUR	%	2013 TEUR	%	+/- TEUR	%
Sachanlagen	27.308	84	29.479	87	-2.171	-7
Finanzanlagen	0	0	1.500	4	-1.500	-100
Langfristig gebundenes Vermögen	27.308	84	30.979	91	-3.671	-12
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80	0	69	0	11	16
Sonstige Vermögensgegenstände	562	2	379	1	183	48
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	37	0	-31	-84
Kurzfristig gebundenes Vermögen	648	2	485	1	163	34
Liquide Mittel	4.703	14	2.695	8	2.008	75
	32.659	100	34.159	100	-1.500	-4

Kapitalstruktur

	2014 TEUR	%	2013 TEUR	%	+/- TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	26	0	26	0	0	0
Kapitalrücklage	12.726	39	12.726	37	0	0
satzungsmäßige Rücklage	1.655	5	1.613	5	42	3
Andere Gewinnrücklagen	40	0	40	0	0	0
Rücklagen	14.421	44	14.379	42	42	0
Bilanzgewinn/-verlust	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	14.447	44	14.405	42	42	0
Sonderposten für Investitionszuschüsse	17.250	53	18.850	56	-1.600	-8
Steuerrückstellungen	33	0	33	0	0	0
Sonstige Rückstellungen	315	1	470	1	-155	-33
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	264	1	300	1	-36	-12
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	350	1	101	0	249	>100
Kurzfristiges Fremdkapital	962	3	904	2	58	6
	32.659	100	34.159	100	-1.500	-4

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.500 (4,4 %) auf TEUR 32.659 verringert.

Der Buchwert des Sachanlagevermögens ist saldiert mit den Zugängen von TEUR 6 und durch planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.177 um TEUR 2.171 gesunken. Demgegenüber gingen durch Umschichtung der Finanzanlagen in liquide Mittel die Finanzanlagen um TEUR 1.500 auf TEUR 0 zurück. Damit verminderte sich das langfristig gebundene Vermögen insgesamt um TEUR 3.671. Die liquiden Mittel erhöhten sich, auch durch die vorbezeichnete Umschichtung, um TEUR 2.008. Das kurzfristig gebundene Vermögen stieg insgesamt um TEUR 163 an.

Insgesamt beträgt das Anlagevermögen 84 % der Bilanzsumme. Finanziert ist das Anlagevermögen durch Eigenkapital (einschließlich der Rücklagen beträgt dies TEUR 14.448 oder 44 % der Bilanzsumme), und Investitionszuschüsse, die als Sonderposten zum Anlagevermögen ausgewiesen sind. Die Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen haben im Geschäftsjahr TEUR 17.250 oder 53 % der Bilanzsumme betragen.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände sind auf einen verbleibenden Erinnerungswert von einen Euro abgeschrieben.

Die Veränderungen der **Sachanlagen** um 7 % von TEUR 29.479 auf TEUR 27.308 (Verminderung um TEUR 2.171) resultiert nahezu vollständig aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres. Die Zugänge des Geschäftsjahres betragen insgesamt TEUR 6. Der überwiegende Anteil des Sachanlagevermögens betrifft Grundstücke und Gebäude sowie Außenanlagen mit einem Gesamtbuchwert von TEUR 23.933 (Vj TEUR 25.280).

Die zur Errichtung der Gebäude erhaltenen öffentlichen Zuschüsse erfolgen als Bruttoausweis im passiven Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

Sachanlagen

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Objekt	Buchwert 01.01.2014 in TEUR	Zugänge in EUR	Abgänge in EUR	Abschreibungen in EUR	Buchwert 31.12.2014 in TEUR
Grundstücke					
Grundstück TGZ I	1.001	0	0	0	1.001
Grundstück TGZ II	230	0	0	0	230
Grundstück TGZ III	317	0	0	0	317
Grundstück Verwaltungsgebäude	44	0	0	0	44
Grundstück MZG II+III	249	0	0	0	249
	1.841	0	0	0	1.841
Bauten					
Geschäftsgebäude TGZ I	689	0	0	147	542
Geschäftsgebäude TGZ II	5.549	0	0	476	5.073
Geschäftsgebäude TGZ III	11.145	0	0	427	10.718
Verwaltungsgebäude	239	0	0	10	229
Mehrzweckgebäude I	1.092	0	0	46	1.046
Mehrzweckgebäude II	1.607	0	0	56	1.551
Mehrzweckgebäude III	2.683	0	0	90	2.593
	23.004	0	0	1.252	21.752
Außenanlagen					
Außenanlage TGZ I	1	0	0	1	0
Außenanlage TGZ II	124	0	0	20	104
Außenanlage TGZ III	171	0	0	61	110
Außenanlage Verwaltungsgebäude	8	0	0	4	4
Außenanlage MZG I	26	0	0	3	23
Außenanlage MZG II	1	0	0	0,3	0,7
Außenanlage MZG III	104	0	0	6	98
	435	0	0	95	340
Summe Grundstücke, Bauten und Außenanlagen	25.280	0	0	1.347	23.933
Übrige Ausstattung/ sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
Ausstattung Gebäude	983	0		147	835
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.216	6		683	2.540
	4.199	6	0	830	3.375
Sachanlagen gesamt	29.479	6	0	2.177	27.308

Umlaufvermögen

Das kurzfristig gebundene Vermögen hat sich insgesamt um TEUR 163 auf nunmehr TEUR 648 (Vj TEUR 485) erhöht.

Im **Vorratsvermögen** werden in Anlehnung an wohnungswirtschaftliche Standards die Forderungen aus noch nicht abgerechneten Mietnebenkosten ausgewiesen. Davon werden die von den Mietern erhaltenen Vorauszahlungen (erhaltene Anzahlungen) offen abgesetzt, so dass unter dieser Position die noch abzurechnenden Beträge erscheinen.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen am Bilanzstichtag TEUR 80 (Vj TEUR 69). Sie setzen sich im Berichtsjahr aus Forderungen aus Kundenbeziehungen TEUR 43 (Vj TEUR 15) sowie Forderungen aus einem Dienstleistungsvertrag gegenüber dem Energieversorger EVH GmbH, Halle (Saale), zusammen. Die Forderung gegenüber der EVH beträgt brutto TEUR 39 (Vj TEUR 55). Nach Abzug von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von TEUR 2 (Vj TEUR 1) verbleibt ein Nettoforderungsbestand von TEUR 37 (Vj TEUR 54).

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 11 resultiert aus der Weiterberechnung von Mietnebenkosten, die zum Jahresende vorgenommenen wurden.

Die **sonstigen Vermögengegenstände** stiegen von TEUR 379 auf TEUR 562 an. Der Anstieg um TEUR 183 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus der Überleitung der Mieterdirektabrechnungen mit TEUR 215 (Vj TEUR 29) und Körperschaftsteuererstattungen mit TEUR 11 sowie dem Rückgang der übrigen Vermögensgegenständen von TEUR 43 (Vj TEUR 6) zurückzuführen.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** vermindert sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 37 auf TEUR 6. Die Verminderung von TEUR 31 erfolgte wegen der planmäßige Auflösung langfristig abgegrenzter Leasing Sonderzahlungen.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird in der Kapitalflussrechnung (vgl. D. III. 2.) dargestellt und erläutert.

Langfristiges Kapital

Eigenkapital und Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft hat sich um TEUR 42 (0,3 %) auf TEUR 14.447 erhöht (Vj TEUR 14.405). Die Erhöhung resultiert aus dem Jahresüberschuss 2014 (Vj TEUR 116). Gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ist dieser den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zugeführt. Das Stammkapital und die Kapitalrücklage haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 44,2 % (Vj 42,1 %).

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** beträgt TEUR 17.250 gegenüber TEUR 18.850 im Vorjahr.

Die Auflösung von TEUR 1.600 erfolgte planmäßig. Die planmäßige Auflösung orientiert sich an der korrespondierenden Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände (Gebäude und Außenanlagen, TGZ I bis III und Applikationszentrum).

Das langfristige Kapital (Eigenkapital und Sonderposten) beträgt 97 % (Vj 98 %) der Bilanzsumme und deckt das gesamte gebundene Vermögen vollständig ab.

Kurzfristiges Fremdkapital/ Rechnungsabgrenzung

Das kurzfristig gebundene Fremdkapital beträgt TEUR 962 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 58 erhöht. Die Erhöhung resultiert aus der Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 249). Dem gegenüber steht der Rückgang der sonstigen Rückstellungen (TEUR 155) sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 36.

Steuerrückstellungen waren im Geschäftsjahr mit TEUR 33 zu bilden.

Die **sonstigen Rückstellungen** verringerten sich um TEUR 155 auf TEUR 315. Wesentlicher Grund für den Rückgang der sonstigen Rückstellungen ist die Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (TEUR -152).

Die **übrigen Rückstellungen** veränderten sich der Höhe nach jeweils nur geringfügig.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten vor allem Verbindlichkeiten aus Betriebskostenabrechnungen gegenüber der EVH GmbH im Rahmen des mit ihr geschlossenen Dienstleistungsvertrages TEUR 208 (Vj TEUR 242). Die Verbindlichkeiten waren zum Zeitpunkt der Prüfung im Wesentlichen ausgeglichen.

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** werden zum Bilanzstichtag erhaltene Anzahlungen der EVH TEUR 249 (Vj TEUR 23) sowie Steuerverbindlichkeiten von TEUR 70 (Vj TEUR 46) ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um Umsatzsteuer, Lohn- und Kirchensteuer. Unter dem Posten werden ferner Tantiemeverbindlichkeiten von TEUR 16 (Vj TEUR 18) und Kautionen von TEUR 13 (Vj TEUR 9) ausgewiesen sowei Verbindlichkeiten aus sozialer Sicherheit von TEUR 1 (Vj TEUR 1).

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 2 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

		2014 TEUR	2013 TEUR
	Jahresüberschuss	42	116
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	578	595
- / +	Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-155	87
- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-164	46
+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	213	-29
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**514**	**815**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6	-28
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	1.500	500
=	**Cash-Flow aus Investitionstätigkeit**	**1.494**	**472**
	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**2.008**	**1.287**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.695	1.408
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**4.703**	**2.695**

Der **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 514 (Vj TEUR 815) resultiert überwiegend aus dem Jahresüberschuss und den Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens von insgesamt TEUR 620 (Vj TEUR 711).

Die Zu- und Abnahme der übrigen Vermögensposten und anderer Aktiva, der Rückstellungen sowie die Zu- und Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva führte zu einem **Cash-Flow-Beitrag** von TEUR -106 (Vj TEUR 104) im Geschäftsjahr.

Aufgrund der Umschichtungen aus den Finanzanlagen in liquide Mittel ergibt sich ein positiver **Cash-Flow aus Investitionstätigkeit** von TEUR 1.494.

Wesentliche Investitionen in das Sachanlagevermögen erfolgten nicht. Die Investitionen betragen insgesamt TEUR 6.

Aus dem **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 514 und dem Cash-Flow aus Investitionstätigkeit von TEUR 1.494 ergibt sich die zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelfonds von TEUR 2.008, so dass sich die Finanzmittel (= sofort verfügbare liquide Mittel) von TEUR 2.695 im Vorjahr auf TEUR 4.703 am Bilanzstichtag erhöht haben.

3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen in Form einer betriebswirtschaftlichen Aufgliederung der beiden Geschäftsjahre 2014 und 2013 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2014 TEUR	%	2013 TEUR	%	+/- TEUR	%
Umsatzerlöse						
Umsatzerlöse	4.018	104	3.996	95	22	1
Bestandsänderungen	-195	-5	75	2	-270	<- 100
sonstige betriebliche Erträge	28	1	135	3	-107	-79
Betriebsleistung	3.851	100	4.206	100	-355	-8
Personalaufwand	-530	-14	-513	-12	-17	-3
Abschreibungen	-577	-15	-595	-14	18	3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.715	-71	-2.978	-71	263	9
Sonstige Steuern	-2	0	0	0	-2	0
Betriebsaufwand	-3.824	-100	-4.086	-97	262	6
Betriebsergebnis	27	0	120	3	-93	-78
Finanz- und Beteiligungsergebnis	24		32		-8	
Ergebnis vor Ertragsteuern	51		152		-101	
Ertragsteuern	-8		-36		28	
Jahresergebnis	43		116		-73	

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wesentlich durch Umsätze aus Vermietungstätigkeit und damit verbundenen Erträgen und Aufwendungen geprägt. Aufgrund des sehr hohen Vermietungsstandes und des geringen Leerstandes über das Geschäftsjahr und die durchgehende Vermietung des im Vorjahr fertiggestellten Mehrzweckgebäudes III hat die Gesellschaft ihre Umsatzerlöse um TEUR 22 oder 1 % gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr TEUR 4.018 erhöht. Rechnet man die sonstigen betrieblichen Erträge hinzu und zieht die Bestandsänderungen ab, ergibt sich eine Betriebsleistung von TEUR 3.851 (Vj TEUR 4.206 (-8%)).

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 17 auf TEUR 530.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen beinhalten planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.177 (Vj TEUR 2.356). Korrespondierend mit den Abschreibungen verminderten sich die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen saldierten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse um TEUR 1.600 (Vj TEUR 1.761).

Absolut haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 263 gegenüber dem Vorjahr vermindert und betragen nunmehr TEUR 2.715.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

	2014 TEUR	**2013** TEUR	**Veränderung** TEUR
Raumkosten	2.107	2.382	-275
Versicherungen, Beiträge und Abgaben	26	25	1
Reparaturen und Instandhaltungen	214	292	-78
Fahrzeugkosten	51	37	14
Werbe- und Reisekosten	40	57	-17
Übrige Aufwendungen	276	185	91
	2.714	**2.978**	**-264**

Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern (EBIT) hat sich von TEUR 120 im Jahr 2013 auf TEUR 27 im Geschäftsjahr vermindert.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8 von TEUR 32 in 2013 auf TEUR 24 in 2014 vermindert.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis vor Ertragsteuern TEUR 51 (Vj TEUR 152).

Die Ertragsteuern betreffen Körperschaftsteuer (einschließlich Kapitalertragsteuer) von TEUR 7 (Vj TEUR 23) , Solidaritätszuschlag von TEUR 1 (Vj TEUR 1) und Gewerbesteuer von TEUR 0 (Vj TEUR 12).

Nach Abzug der Ertragsteuern ergibt sich ein Jahresergebnis von **EUR 42.742,15** (Vj **EUR 115.997,43**).

E. FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFTRAGES

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragebogen zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Unsere Prüfung hat keine Feststellung ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 (Anlage 4) der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale), unter dem Datum vom 22. Mai 2015 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Halle (Saale), den 22. Mai 2015

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

AKTIVA

	31.12.2014 EUR		31.12.2013 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00		1,00
		1,00	1,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.931.858,23		25.279.000,23
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.375.719,00		4.200.027,00
		27.307.577,23	29.479.027,23
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		1.500.000,00
		0,00	1.500.000,00
		27.307.578,23	30.979.028,23
B. UMLAUFVERMÖGEN			
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.980.000,00		2.175.000,00
2. Erhaltene Anzahlungen	-1.980.000,00		-2.175.000,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.251,49		68.671,27
2. Sonstige Vermögensgegenstände	562.255,15		379.207,01
		642.506,64	447.878,28
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		4.703.350,57	2.695.091,23
		5.345.857,21	3.142.969,51
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		6.250,00	37.249,17
		32.659.685,44	34.159.246,91

PASSIVA

	31.12.2014 EUR		31.12.2013 EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage		12.726.209,89	12.726.209,89
III. Gewinnrücklagen			
1. Satzungsmäßige Rücklagen	1.655.596,33		1.612.854,18
2. Andere Gewinnrücklagen	39.540,46		39.540,46
		1.695.136,79	1.652.394,64
		14.447.346,68	14.404.604,53
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN		17.250.422,28	18.850.216,19
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	32.807,00		32.807,00
2. Sonstige Rückstellungen	315.300,00		470.450,00
		348.107,00	503.257,00
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 248.509,62 (Vorjahr: EUR 22.610,64)	248.509,62		22.610,64
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 263.502,72 (Vorjahr: EUR 299.870,46)	263.502,72		299.870,46
3. Sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern: EUR 69.626,04 (Vorjahr: EUR 45.960,35) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.322,93 (Vorjahr: EUR 1.238,28) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 100.592,38 (Vorjahr: EUR 77.483,33)	100.592,38		77.483,33
		612.604,72	399.964,43
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		1.204,76	1.204,76
		32.659.685,44	34.159.246,91

TGZ HALLE TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

		2014 EUR		2013 EUR
1.	Umsatzerlöse		4.017.787,44	3.996.101,04
2.	Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-195.000,00	75.000,00
3.	Sonstige betriebliche Erträge		27.859,31	135.140,64
4.	**Gesamtleistung**		3.850.646,75	4.206.241,68
5.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	-463.062,81		-442.467,50
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 4.522,38 (Vorjahr: EUR 4.522,38)	-67.436,54		-70.059,94
			-530.499,35	-512.527,44
6.	Abschreibungen			
a)	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen - : EUR 2.177.611,18 (Vorjahr: EUR 2.356.565,95) - abzgl. Auflösung SoPo für Investitionszuschüsse: EUR 1.599.793,91 (Vorjahr: EUR 1.761.471,03)	-577.817,27		-595.094,92
			-577.817,27	-595.094,92
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.714.231,36	-2.978.025,48
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24.253,56	31.829,88
9.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		52.352,33	152.423,72
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-7.754,58	-36.315,89
11.	Sonstige Steuern		-1.855,60	-110,40
12.	**Summe Steuern**		-9.610,18	-36.426,29
13.	**Jahresüberschuss/-fehlbetrag**		42.742,15	115.997,43
14.	Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		-42.742,15	-115.997,43
15.	**Bilanzgewinn/-verlust**		0,00	0,00

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

A. Allgemeine Angaben

1. Der Jahresabschluss der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und der Satzung aufgestellt.

2. Die Gesellschaft überschritt im Berichtsjahr nur eines der in § 267 Abs. 1 HGB genannten Größenmerkmale und zählt daher zu den kleinen Kapitalgesellschaften. Gemäß §6 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt.

B. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Über die angewandten Bewertungsmethoden berichten wir wie folgt:

Anlagevermögen

3. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Im Geschäftsjahr 2014 kam die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Soweit in den Vorjahren die degressive Abschreibung gewählt wurde erfolgte im Berichtsjahr eine Fortführung.
Die Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegegenstände wurde auf Basis der steuerlichen AfA-Tabellen geschätzt. Die Abschreibung auf die Zugänge zum immateriellen und zum Sachanlagevermögen erfolgt zeitanteilig.

Die Behandlung der Anschaffung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungskosten 1.500,00 € nicht übersteigen, wurde abweichend zu den steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften vorgenommen, indem solche Vermögensgegenstände vollständig als Aufwand erfasst wurden.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

4. Die Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten einschließlich der Anschaffungsnebenkosten bewertet. Es kommt grundsätzlich das gemilderte Niederstwertprinzip zum Zuge, so dass die Vermögensgegenstände nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet werden.
   Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Börsen- oder Marktpreis vorgenommen.

5. Empfangene Zuschüsse und Subventionen wurden bei den Anschaffungskosten der betreffenden Wirtschaftsgüter nicht gekürzt, sondern vielmehr als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Das Gliederungsschema des §266 HGB wurde insoweit nach §265 Abs. 5 HGB erweitert.

Umlaufvermögen

6. Die sonstigen Gegenstände des Umlaufvermögens, insbesondere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die Liquiden Mittel wurden im Wesentlichen mit dem Nennbetrag angesetzt.
   Im Posten Vorräte sind erbrachte und noch nicht abgerechnete Leistungen (Nebenkosten) an Mieter i.H.v. 1.980.000 € enthalten. Die Bewertung dieser fertigen und noch nicht abgerechneten Leistungen erfolgte dergestalt, dass der Berichtsgesellschaft durch die Abrechnung der Nebenkosten periodenübergreifend weder ein Aufwand noch ein Ertrag entstehen darf. Die Forderungen werden in Anlehnung an wohnungswirtschaftliche Standards unter den Vorräten ausgewiesen. Die korrespondierenden erhaltenen Vorauszahlungen (erhaltene Anzahlungen) werden offen von diesen Forderungen abgesetzt.
   Risiken im Forderungsbestand werden, sofern solche vorhanden sind, durch die Bildung angemessener Pauschal- und Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.

7. Der sich nach der Steuerbilanz ergebende Steueraufwand entspricht nicht dem Ergebnis der Handelsbilanz.
   Die Abweichungen führen insgesamt zu einer aktiven Steuerlatenz, wobei für die Berechnung der latenten Steuern ein Steuersatz von 30% zugrunde gelegt wurde. Vom Ansatzwahlrecht der Aktivierung latenter Steuern wurde kein Gebrauch gemacht.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

8. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beinhaltet Fördermittel für die Errichtung der Geschäftsgebäude TGZ I, TGZ II, TGZ III und des Applikationszentrums.
   Dieser Bilanzposten wurde nach dem Schema des §266 Abs. 2 HGB unter Erweiterung nach §265 Abs. 5 HGB (Allgemeine Grundsätze für Gliederung) hinsichtlich des Ausweises der aus öffentlich-rechtlichen Kassen gewährten Investitionszuschüsse gebildet.

Rückstellungen

9. Rückstellungen wurden nach Maßgabe des § 249 HGB zum Ansatz gebracht. Die Bemessung der Rückstellungen erfolgte dabei nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Sofern die Rückstellungen eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen wurden diese mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für noch nicht genommene Urlaubstage (T€ 67), Rückstellungen für die Übernahme von Forderungsausfallrisiken (T€ 165), Gebäudebetriebskosten (T€ 16), Aufbewahrungskosten (T€ 20) sowie für interne und externe Abschluss- und Prüfungs- und Rechtsberatungskosten (T€ 45).

Verbindlichkeiten

10. Die passivierten Verbindlichkeiten wurden vollumfänglich mit ihrem Erfüllungsbetrag
    (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB) zum Ansatz gebracht.

C. Angaben zur Bilanz

11. Der Ansatz, die Bewertung und der Ausweis der Posten der Bilanz erfolgte im Vergleich zum Vorjahr stetig.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2014 im Einzelnen wie folgt entwickelt:

	Anschaffungs-/ Herstellungs-kosten	Z U	Zugang Umbuchung	A U	Abgang Umbuchung	laufende Abschreibungen	kumulierte Abschreibungen Z Zuschreibung	Restbuch-wert	Vorjahres-restwert
	€		€		€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände	9.002,66		0,00		7.002,66	0,00	1.999,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen	63.590.266,31	Z	6.161,18	A	17.037,31	2.177.611,18	36.271.812,95	27.307.577,23	29.479.027,23
III. Finanzanlagen	1.500.000,00		0,00	A	1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00
	65.099.268,97	Z U	6.161,18	A U	1.524.039,97	2.177.611,18	36.273.811,95 0,00	27.307.578,23	30.979.028,23

12. Die Restlaufzeit bei Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen beträgt mit Ausnahme eines Teils des Vorsteuererstattungsanspruches nach §15a UStG gegenüber dem Finanzamt jeweils bis zu einem Jahr. Ein Teilbetrag des Vorsteuererstattungsanspruches i.H.v. 54.261 € hat eine Laufzeit von über einem Jahr.

13. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich vollumfänglich um Positionen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.

14. Die Bilanz wurde nach § 268 Abs. 1 HGB **nach vollständiger** Verwendung des Jahresergebnisses erstellt.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

15. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und analog §158 Abs. 1 AktG erweitert. Des weiteren wurde die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß §265 Abs. 5 HGB hinsichtlich des Ausweises der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse um einen gesonderten Posten erweitert bzw. weiter untergliedert.

16. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in voller Höhe auf die laufende Geschäftstätigkeit.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

E. Sonstige Angaben

17. Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 5.500,00 € und entfällt ausschließlich auf Prüfungsleistungen.

18. Zum Bilanzstichtag bestehen Leasingverpflichtungen aus eingegangenen Leasingverträgen i.H.v. 1.902,00 €.

19. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte das Unternehmen 7 Mitarbeiter, davon 2 Geschäftsführer.

20. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2014 von

    - Frau Sabine Noll, Halle (Saale)

    und

    - Herrn Dr. Ulf-Marten Schmieder, Halle (Saale)

    geführt. Die Geschäftsführerin Frau Sabine Noll ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
    Auf die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung wird in Anwendung der Vorschriften des § 286 Abs. 4 HGB und § 288 HGB verzichtet.

21. Die Berichtsgesellschaft hat als weiteres Geschäftsführungsorgan gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der Satzung vom 27. August 1991 einen **Aufsichtsrat.** Der Aufsichtsrat hatte zum Bilanzstichtag folgende Zusammensetzung:

    als Vorsitzender:

    Herr Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)

    als dessen Stellvertreterin:

    Frau Barbara Schröder, Prokuristin der envia Mitteldeutsche Energie AG

ANHANG für das Geschäftsjahr 2014

TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH, Halle (Saale)

sowie als weitere Mitglieder:

Herr Roger Schenkel, Vorsitzender des Vorstandes der Saalesparkasse (-09.12.2014)

Herr Joachim Brückner, Abteilungsleiter der Saalesparkasse

Herr Reinhard Schröter, Geschäftsführer Innovation und Umwelt der IHK Halle-Dessau

sowie die Stadträte:

Frau Dr. Annegret Bergner (-15.07.2014)

Frau Dr. Petra Sitte, MdB (-15.07.2014)

Herr Thomas Felke, MdL (-15.07.2014)

Herr Kay Senius (ab 16.07.2014)

Herr Dr. Michael Lämmerhirt (ab 16.07.2014)

Herr Bertholt Marquardt (ab 16.07.2014)

Gemäß den Statuten der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages beträgt die Amtszeit des Aufsichtsrates fünf Jahre. Über die Regelungen der Satzung hinaus - welche ein Minimum von zwei Tagungen pro Jahr vorschreibt - tagt der Aufsichtsrat drei mal jährlich.

06120 Halle (Saale), den 23.03.2015

.....

Frau Sabine Noll
Geschäftsführerin

.....

Herr Dr. Ulf-Marten Schmieder
Geschäftsführer

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

B.3.2 Finanzlage

B.3.3 Vermögenslage

B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

C. Nachtragsbericht

D. Prognosebericht

E. Chancen- und Risikobericht

E.1 Chancenbericht

E.2 Risikobericht

E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikumsräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark weinberg campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die TGZ Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die Bio- und Nanotechnologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Ingesamt zeichnet sich aber im Technologiepark weinberg campus eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von

innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Analytica in München und zur CPhI in Paris, Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in San Diego, zur BIO Europe in Mailand, zur BioPharm in Boston und zu den Biotechnologietagen in Köln genannt. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule der Martin-Luther-Universität ebenso wie die Unterstützung des Betriebs zweier Gründerwerkstätten in den Schwerpunktfeldern Bio- und Materialwissenschaften.

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um ca. 1,5 % gewachsen. Dabei hat sich die konjunkturelle Lage nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus. So verzeichnete

der private Konsum einen Anstieg in Höhe von 1,1 %, während die Ausfuhren um ca. 3,7 % stiegen. Insgesamt investierten auch die deutsche Wirtschaft und der Staat zusammen 3,7 % mehr in Maschinen und Anlagen.
In der BIO-NANO-Branche und angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und fördertechnischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschwerten die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kam ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen. So führten beispielsweise spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch Kommunen und Landesregierungen zu einer teilweise extremen Wettbewerbsverzerrung.

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die TGZ Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem bestand die Notwendigkeit, für frei gewordene Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich tendenziell immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden.

Der derzeitige Mietzins konnte auch im Jahr 2014 noch beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel z.B. zur Modernisierung von Sanitäranlagen und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2015 werden diese Bemühungen fortgesetzt und intensiviert. Dies betrifft insbesondere das Technologie- und Gründerzentrum I, welches durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen zukunftsfähig gestaltet werden soll, damit sich auch hier weiterhin junge Technologieunternehmen ansiedeln wollen. Basis der weiteren Umgestaltung des Gebäudes sind auch eine umfangreiche Kundenzufriedenheitsanalyse und das im ersten Quartal 2015 fertig zu stellende Zukunftskonzept.

Unter Beachtung der beschriebenen Herausforderungen und Rahmenbedingungen wurden in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen, die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen und der Positionierung des Standortes sowie mit der Intensivierung und Neubildung von strategischen Partnerschaften.

Ein Ziel der TGZ Halle GmbH besteht darin, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Bezogen auf das Berichtsjahr ist zu konstatieren, dass insbesondere durch den Beginn einer neuen Strukturfondsperiode, die dadurch wegfallenden Projektförderungen und die damit ebenso verbundenen Verzögerungen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Förderrichtlinien kaum dem entsprechende Projektmittel akquiriert werden konnten. Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern bzw. die Übernahme einer Projektträgerschaft auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungsleistungen und die Zusammenarbeit mit Transfereinrichtungen. Diesbezüglich wird die bis ins Berichtsjahr bestehende Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität im Laufe des Jahres 2015 inhaltlich neu gestaltet.
Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der TGZ Halle GmbH führen. Allerdings werden umfangreiche Investitionen zur Modernisierung und baulichen Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums I geplant und zur Beschlussfassung vorbereitet. Die Umsetzung ist für den Zeitraum 2015/2016 vorgesehen und soll nach dem Auszug eines Technologieunternehmens und dessen Ansiedlung mit einem eigenen Gebäude im Technologiepark weinberg campus im 4. Quartal 2015 begonnen werden.

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

		Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
		T€	%	T€	%	T€	%
+	Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.708	96,3%	3.621	86,1%	87	2,4%
+	Einnahmen Projektleistungen	246	6,4%	331	7,9%	-85	-25,7%
+	sonstige Dienstleistungen	64	1,7%	44	1,0%	20	45,5%
+ =	UMSATZERLÖSE	4.018	104,3%	3.996	95,0%	22	0,6%
+	BESTANDSVERÄNDERUNG	-195	-5,1%	75	1,8%	-270	-360,0%
+	SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	28	0,7%	135	3,2%	-107	-79,3%
=	BETRIEBSLEISTUNG	**3.851**	**100,0%**	**4.206**	**100,0%**	**-355**	**-8,4%**
+	Personalkosten	530	13,8%	513	12,2%	17	3,3%
+	Abschreibungen	2.177	56,5%	2.356	56,0%	-179	-7,6%
+	planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.600	-41,5%	-1.761	-41,9%	161	-9,1%
+ =	ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	577	15,0%	595	14,1%	-18	-3,0%
+	Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.231	57,9%	2.382	56,6%	-151	-6,3%
+	Versicherungen / Beiträge	26	0,7%	25	0,6%	1	4,0%
+	Reparaturen / Instandhaltungen	213	5,5%	292	6,9%	-79	-27,1%
+	Kosten des Fuhrparks	51	1,3%	37	0,9%	14	37,8%
+	Werbe- und Reisekosten	40	1,0%	57	1,4%	-17	-29,8%
+	sonstige Kosten	154	4,0%	185	4,4%	-31	-16,8%
+ =	SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.715	70,4%	2.978	70,8%	-263	-8,8%
- =	BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	**3.822**	**99,2%**	**4.086**	**97,1%**	**-264**	**-6,5%**
=	**BETRIEBSERGEBNIS**	**29**	**0,8%**	**120**	**2,9%**	**-91**	**-75,8%**
+	SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	24	100,0%	32	100,0%	-8	-25,0%
=	**FINANZERGEBNIS**	**24**	**100,0%**	**32**	**100,0%**	**-8**	**-25,0%**
=	(ERGEBNIS VOR STEUERN)	**(53)**	**(1,4%)**	**(152)**	**(3,6%)**	**(99)**	**(65,1%)**
+	STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	8	15,1%	36	23,7%	-28	-77,8%
+	SONSTIGE STEUERN	2	3,8%	0	0,0%	2	*
- =	**STEUERERGEBNIS**	**10**	**18,9%**	**36**	**23,7%**	**-26**	**-72,2%**
=	**JAHRESÜBERSCHUSS**	**43**	**1,1%**	**116**	**2,8%**	**-73**	**-62,9%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2013 um 355 T-€ (= -8,4 %) auf 3.851 T-€ vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Bestandsverminderung an nicht abgerechneten Nebenkosten (-270 T-€), dem Rückgang der Einnahmen aus Projektleistungen (-85 T-€) und den verminderten sonstigen betrieblichen Erträgen (-107 T-€). Dagegen sind die Einnahmen aus Mieten und Mietnebenkosten um 87 T-€ angestiegen und die Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen erhöhten sich um 20 T-€.
Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2014 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.680 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.513 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 167 T-€ unter dem Planansatz, was in den geringeren Einnahmen aus Nebenkosten liegt. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 83 T€ über dem Planansatz. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 84 T-€ weniger als geplant.

Die **Personalkosten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 17 T-€ auf 530 T-€. Gegenüber dem Planansatz für 2014 i.H.v. 555 T-€ ergab sich dagegen eine leichte Verminderung i.H.v. 25 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.177 T-€ (Vorjahr: 2.356 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 161 T-€ auf 1.600 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand betrug damit 577 T-€ gegenüber 595 T-€ im Vorjahr. Im Vergleich zum Planansatz, der von einem saldierten Abschreibungsaufwand von 570 T-€ ausging, ergab sich nur eine minimale Abweichung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 263 T-€ (-8,8%) auf 2.715 T-€. Rückgänge gab es beim Grundstücksaufwand (-151 T-€), bei den Reparaturen und Instandhaltungen (-79 T-€), bei den Werbe- und Reisekosten (-17 T-€) und den sonstigen Kosten (-31 T-€). Zunahmen gab es bei den Versicherungen (+1 T-€) und den Kosten des Fuhrparks (+14 T-€).
Im Vergleich zum Planansatz lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen deutlich unter dem prognostizierten Betrag i.H.v. 2.872 T-€ und somit um 157 T-€ unter dem Planwert. Dies liegt ganz wesentlich an den geringeren Aufwendungen für Gebäudenebenkosten, was korrelierend zu den geringeren Einnahmen aus Mietnebenkosten ist.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2013 um 91 T-€ auf 29 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planansatz beträgt die Abweichung +91 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 8 T-€ auf 24 T-€ abgenommen. Im Vergleich zum Planansatz ergibt sich eine Verbesserung i.H.v. 8 T-€, was an den etwas besseren als erwarteten Zinserträgen liegt.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 28 T-€ auf 8 T-€ vermindert, die **Sonstigen Steuern** erhöhten sich um 2 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 43 T-€ und liegt damit um 73 T-€ unter dem Vorjahr. Gegenüber dem Planansatz beträgt hier die Abweichung 89 T-€ zu Gunsten der Gesellschaft.

B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 4.703,4 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen aus dem Finanzanlagevermögen und dem Mittelzufluss aus dem Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2014 haben sich die liquiden Mittel um rund 2.008,3 T-€ erhöht.
Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2014		Bilanz zum 31.12.2013		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.447,3	44,2	14.404,6	42,1	42,7	0,3
Sonderposten mit Rücklageanteil	17.250,4	52,8	18.850,2	55,2	-1.599,8	-8,5
Rückstellungen	348,1	1,1	503,3	1,5	-155,2	-30,8
Erhaltene Anzahlungen	248,5	0,8	22,6	0,1	225,9	1.099,6
Lieferverbindlichkeiten	263,5	0,8	299,9	0,9	-36,4	-12,1
Sonstige Verbindlichkeiten	100,6	0,3	77,5	0,2	23,1	29,8
Summe Verbindlichkeiten	612,6	1,9	400,0	1,2	212,6	53,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
Summe Passiva=Gesamtkapital	**32.659,7**	**100,0**	**34.159,2**	**100,0**	**-1.499,5**	**-4,4**

B.3.3 Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2014		Bilanz zum 31.12.2013		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	27.307,6	83,6	29.479,0	86,3	-2.171,4	-7,4
Finanzanlagen	0,0	0,0	1.500,0	4,4	-1.500,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	27.307,6	83,6	30.979,0	90,7	-3.671,4	-11,9
Forderungen	80,2	0,3	68,7	0,2	11,5	16,8
Sonstige Vermögensgegenstände	562,3	1,7	379,2	1,1	183,1	48,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	4.703,4	14,4	2.695,1	7,9	2.008,3	74,5
Summe Umlaufvermögen	5.345,9	16,4	3.143,0	9,2	2.202,9	70,1
Rechnungsabgrenzungsposten	6,2	0,0	37,2	0,1	-31,0	-83,4
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	**32.659,7**	**100,0**	**34.159,2**	**100,0**	**-1.499,5**	**-4,4**

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.499,5 T-€ (= -4,4 %) auf 32.659,7 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-2.171,4 T-€), der Finanzanlagen (-1.500 T-€), und der Rechnungsabgrenzungsposten (-31,0 T-€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+11,5 T-€), die sonstigen Vermögensgegenstände (+183,1 T-€) und die flüssigen Mittel (+2.008,3 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 90,7 % auf 83,6 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von
6,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.177,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 27.307,6 T-€ (-2.171,4 T-€) vermindert.

Aufgrund Vermögensumschichtungen von längerfristigen zu kurzfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 1.500,0 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 2.202,9 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 16,4% gegenüber 9,2% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 11,5 T-€ resultiert aus der Verminderung der Forderungen aus Mietnebenkosten (-27,8 T-€), wohingegen sich die übrigen Forderungen einschließlich darauf gebildeter Wertberichtigungen um 39,3 T-€ erhöht haben.

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 183,1 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+215,2 T-€) zurückzuführen. Die Steuererstattungsansprüche haben sich um 11,9 T-€ vermindert, die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände nahmen um 16,5 T-€ ab und die durchlaufenden Posten verminderten sich um 3,7 T-€.

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 2.008,3 T-€ hängt mit der Umschichtung von Finanzmitteln aus der Position Finanzanlagen (1.500,0 T-€) und dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich durch planmäßige Auflösungen um 31,0 T-€ auf 6,2 T-€.

B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.
Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,03 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 96,73 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma) 29,31%,
- Services 24,14%,
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien 13,79%,
- Nanotechnologie 10,34%,
- Ingenieurdienstleistungen 8,62%,
- Analytik und Sensorik 8,62%,
- Geräte- und Anlagenbau 3,45%,
- Erneuerbare Energien 1,73%.

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 58 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.[1]

C. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

---

[1] Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 9. Juli 2010 (Punkt 2.5) die Verweildauer von Unternehmen in Technologie- und Gründerzentren (TGZ) neu spezifiziert wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen eines Unternehmens aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

D. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2015 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2016 bis 2020 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen	Erlöse aus Vermietung u.a.	Projektleistung	Finanzergebnis	Ergebnis
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2015	3.972	3.631	265	22	-54
2016	3.986	3.660	305	6	-15
2017	4.016	3.685	305	6	-20
2018	3.986	3.607	305	6	-68
2019	3.901	3.680	305	6	90
2020	3.881	3.680	305	6	110

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.
Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sollen Chancen für Ansiedlungen und Gründungen technologieorientierter Wachstumsunternehmen betrachtet werden. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Dies gilt es in einer Zukunftsstrategie zu formulieren und in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am

Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie Unternehmensgründungen bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2015 das Ziel der Ansiedlung von ein bis zwei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschulumfeld.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Das seit seiner Gründung im Technologie- und Gründerzentrum befindliche Unternehmen ECH Elektrochemie Halle GmbH wird auf Grund von Wachstumsbestrebungen 2015 das Gebäude verlassen, um in eine eigene Immobilie im Technologiepark weinberg campus umzuziehen. Dies führt jedoch zu einem temporären Leerstand i.H.v. ca. 670 m² ab dem 4. Quartal 2015, der wegen der notwendigen Umbauten und Modernisierungen frühestens im 2. Quartal 2016 wieder vermietet werden kann. Dem wirtschaftspolitischen Auftrag entsprechend, unterstützt die TGZ Halle GmbH das Unternehmen im Bereich des Projekt- und Behördenmanagements.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist zudem unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem neuen Investor auf dessen Fortbestand am Standort auswirkt. Sollte kein Investor gefunden werden, bestünde ab 2016 das Risiko eines erheblichen Leerstandes in einem der Häuser.

Bedingt durch die Sparmaßnahmen in der Hochschullandschaft des Landes, die damit verbundene Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und den Bau des Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität deutet sich ein Auszug des Zentrums für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED) aus demselben Gebäude nunmehr für das letzte Quartal 2017 an. Dies würde einen weiteren Leerstand ab 2018 verursachen.

In den Prognosen für die Jahre 2017 und 2018 ist zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen, dem wegen des Hochwassers im Jahre 2013 und der damit verbundenen Umzugsnotwendigkeit umfangreiche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, einen erneuten Standortwechsel in spezifische Infrastruktureinrichtungen in Erwägung ziehen könnte. Auch dies würde wegen der notwendigen Umbaumaßnahmen einen größeren zumindest temporären Leerstand im oben genannten Zeitraum zur Folge haben.

Sollten die oben prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien wie beschrieben eintreten, ist nicht nur im Jahr 2015 mit geringen und ab 2016 mit erhöhten Einnahmeverlusten zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein Absinken der Flächenauslastung auf unter 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator und Akzelerator für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang wird im 1. Quartal 2015 durch die Geschäftsleitung ein Zukunftskonzept entwickelt, welches sowohl Marktgerichtete Aspekte der Standortentwicklung als auch infrastrukturelle Notwendigkeiten berücksichtigt. Grundlage hierfür bilden unternehmensindividuelle und -übergreifende Bedarfs- und Zufriedenheitsanalysen sowie ein partnerschaftlicher Strategiedialog mit den zentralen Akteuren[2] im Technologiepark weinberg campus. Dieser thematisiert einerseits die Energieversorgung und -effizienz. Andererseits bilden konzeptionelle Überlegungen und konkrete Projekte zum Thema Altern und Gesundheit sowie zur inhaltlichen Positionierung und Profilbildung mit den standortbezogenen Kernkompetenzen in den Bio- und Lebenswissenschaften bzw. in den Materialwissenschaften sowie den damit korrespondierenden Branchen Biotechnologie, Pharmazie und Nanotechnologie den inhaltlichen Schwerpunkt der Strategiegespräche.

---

[2] z.B. Institute der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fraunhofer-Institute, Max-Planck-Institut, Leibniz-Institute, Umweltforschungszentrum, Stadtwerke Halle, Technologieunternehmen

Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich auch die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen.

In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese durch den Wechsel der EU- Strukturfondsperiode erst im zweiten Halbjahr 2015 beispielweise durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden.

Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks weinberg campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuereinnahmen und Arbeitsplätze sichert. Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiekonzeptes zur Stadtentwicklung Halle 2025 erreicht werden.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2015 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

E. Chancen- und Risikobericht

E.1 Chancenbericht

Die grundsätzliche Stellung der Gesellschaft als bedeutender Vermieter hochwertiger Laborräume und Büroflächen, verbunden mit der vorhandenen Betreuungskompetenz von Start-up Unternehmen sowie kleineren Unternehmen, die sich in der Stabilisierungsphase befinden bleibt unverändert. Die Strukturen, die im weinberg-campus nicht zuletzt auch durch die Gesellschaft geschaffen wurden, sind weit überregional einmalig und führen zu einem hohen Akzeptanz- und Bekanntheitsgrad der Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für die Gesellschaft die Möglichkeit, bei Auszug von bisherigen Mietern relativ kurzfristig neue Mieter zu finden und weiterhin eine hohe Auslastungsquote zu erzielen.
Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark weinberg campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr mit der Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum begonnen. Dessen Fundierung dient u.a. eine Kundenzufriedenheitsanalyse und die Durchführung eines Strategiedialogs mit namhaften Vertretern der Anspruchsgruppen am Standort zu den beiden Handlungsfelder Gesundheit und Energie.

Die Projektarbeit dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäfts (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte/ Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden.

E.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangen Jahren zu erheblichen Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite, so dass die Standorte Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt sind.

- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark weinberg campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Lüftung/ Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen zwingend notwendig sein.

- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.

- Aktuell herrscht eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend hoch bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.

- Bedingt durch eine insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie angrenzenden Gebieten eher schwierige konjunkturelle Lage, verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.

- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die TGZ Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus zu stabilisieren.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.
Der Großteil unseres Kundenstamms (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) setzt sich aus unseren Mietern zusammen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Sofern Einzelrisiken im Sinne von Ausfall- bzw. Liquiditätsrisiken angezeigt sind, werden entsprechende Wertberichtigungen in der Rechnungslegung vorgenommen.
Unsere Verbindlichkeiten bezahlen wir innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele und soweit möglich skontiert.
Wir finanzieren uns im kurzfristigen Bereich über unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Halle (Saale), März 2015

.....

Frau Sabine Noll
Geschäftsführerin

.....

Dr. Ulf-Marten Schmieder
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), den 22. Mai 2015

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firma	TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH
Sitz	06120 Halle (Saale), Weinbergweg 23
Handelsregister-Eintragung	Amtsgericht Stendal, HRB 206440 eingetragen am 17. Oktober 2006 Tag der ersten Eintragung am 28. Juli 1993 letzter Eintrag am 18. Februar 2014
Gesellschaftsvertrag	Gründungsfassung 27. August 1991 mit Änderungen 1) vom 15. August 1995 (Änderung des § 1 (Firma)), eingetragen am 30. Januar 1996 2) vom 16. Januar 2002 (Änderung des § 3 (Gesellschafter, Stammkapital und Stammeinlagen) und des § 5 (Geschäftsführung und Vertretung)), eingetragen am 23. April 2002 3) vom 11. Juli 2002 (Änderung des § 2 (Gegenstand des Unternehmens) und des § 6 (Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisverwendung)), eingetragen am 27.September 2002 4) vom 31. Januar 2006 (Änderung des § 6 (Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnis-, verwendung)), eingetragen am 17. Oktober 2006 5) vom 02. November 2010 (Änderung des § 7 (Aufsichtsrat)), eingetragen am 13. Dezember 2010
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens (1) Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern. In diesem Rahmen werden in das Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

a) technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,

b) Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

c) bestehende, förderungswürdige Unternehmen der Wirtschaftsregion Halle,

d) Arbeitnehmer/innen, die mit technologischen Entwicklungen in ihren Bereichen konfrontiert werden, diese weiterentwickeln oder initiieren wollen,

e) interessierte Personen und Gruppen mit förderungswürdigen Vorstellungen zu neuen Technologien.

(2) Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen

a) Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ-Halle zur Verfügung stellen,

b) ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,

c) ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,

d) ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und

e) ihnen auch nach dem Ausscheiden aus dem TGZ Halle behiflich sein.

(3) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

(4) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

(5) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

(6) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen oder Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.

(7) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

(8) Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Gesellschafter und Kapitalanteile

Das Stammkapital beträgt EUR 26.000,00 und ist zum Bilanzstichtag in voller Höhe erbracht.
Zum 31. Dezember 2014 waren an der Gesellschaft beteiligt:

	EUR	%
Stadt Halle (Saale)	15.600,00	60,00
Saalesparkasse	5.200,00	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	3.900,00	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1.300,00	5,00
	26.000,00	100,00

Geschäftsführer

Frau Sabine Noll
Halle (Saale)

Die Geschäftsführerin ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Herr Dr. Ulf-Marten Schmieder
Halle (Saale)

Der Geschäftsführer ist gesamtvertretungsberechtigt und nicht von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat

Die Berichtsgesellschaft hat als weiteres Geschäftsführungsorgan gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der - in diesem Punkt unveränderten - Satzung vom 27. August 1991 einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte zum Bilanzstichtag folgende Zusammensetzung:

als **Vorsitzender:**

Herr Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)

als **deren Stellvertreterin:**

Frau Barbara Schröder, Prokuristin der envia Mitteldeutsche Energie AG

als weitere **Mitglieder:**

Herr Roger Schenkel, Vorsitzender des Vorstandes der Saalesparkasse (- 09.12.2014)

Herr Joachim Brückner, Abteilungsleiter der Saalesparkasse

Herr Reinhard Schröter, Geschäftsführer Innovation und Umwelt der IHK Halle-Dessau

sowie die **Stadträte:**

Frau Dr. Annegret Bergner (- 15.07.2014)

Frau Dr. Petra Sitte, MdB (- 15.07.2014)

Herr Thomas Felke, MdL (- 15.07.2014)

Herr Kay Senius (ab 16.07.2014)

Herr Dr. Michael Lämmerhirt (ab 16.07.2014)

Herr Bertholt Marquardt (ab 16.07.2014)

Gemäß der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages beträgt die Amtszeit des Aufsichtsrates fünf Jahre. Über die Regelungen der Satzung hinaus - welche ein Minimum von zwei Tagungen pro Jahr vorschreibt - tagt der Aufsichtsrat 3 mal jährlich.

Vorjahresabschluss:

Am 17. Juni 2014 wurden der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 der Gesellschafterversammlung zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt.

Der Jahresabschluss wurde am 30. Juli festgestellt und den Geschäftsführern Entlastung erteilt.

Bedeutende Verträge:

(1) Im Gesellschafterprotokoll vom 16. Dezember 1992 haben sich die Gesellschafter verpflichtet, auf der Grundlage des § 6 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages zum Ausgleich der Ergebnisse erforderlichenfalls Nachschüsse zu leisten, wobei die Saalesparkasse von dem ihr satzungsmäßig eingeräumten Vorbehalt Gebrauch gemacht hat, diese Nachschusspflicht auf jährlich TEUR 10,23 zu begrenzen. Die Industrie- und Handelskammer ist satzungsgemäß von Nachschusspflichten freigestellt.

(2) Ebenfalls am 16. Dezember 1992 haben die vorgenannten Gesellschafter gegenüber den öffentlich-rechtlichen Zuschussgebern eine Patronatserklärung des Inhalts abgegeben, jederzeit für eine ausreichende Liquidität sorgen zu wollen und etwaige auflaufende Verluste zumindest in dem Umfang auszugleichen, der zur Abwendung einer Überschuldung erforderlich werde. Die IHK hat eine solche Patronatserklärung nicht abgegeben; die Saalesparkasse hat auch hierzu von dem oben erwähnten Vorbehalt Gebrauch gemacht.

(3) Mit der benachbarten Bio-Zentrum Halle GmbH (Gesellschafter dieser GmbH sind die Stadt Halle und die Martin-Luther-Universität) wurde für die Zeit vom 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2002 ein umfassender Betriebsführungsvertrag vereinbart. Der Betriebsführungnsvertrag wurde im Rahmen von mehreren Nachträgen, zuletzt bis zum 31. Dezember 2015, verlängert.

(4) Zum 20. Januar 1999 wurde mit der medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Optionsmietvertrag zur Nutzung des Erweiterungsbaus TGZ II geschlossen. Der Mietvertrag garantiert eine Auslastung des TGZ II von 45 % über eine Zeitraum von 5 Jahren zuzüglich einer in Anspruch genomme-

nen Option auf weitere 5 Jahre Nutzung durch das von der Universität betriebene ZAMED. Der Mietvertrag läuft Mitte 2015 aus, wurde aber bis 31. August 2017 verlängert und beinhaltet eine nochmalige Verlängerungsooption um weitere zwei Jahre.

(5) Am 31. August 2006 wurde mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Mietvertrag zur Nutzung des Forschungsverfügungsgebäudes TGZ III geschlossen. Der Mietvertrag läuft bis 31. Dezember 2017.

(6) Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 das technische Management im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die Energieversorgung Halle GmbH (EVH GmbH) übergeben.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Zuständiges Finanzamt	Halle (Saale) - Süd
Steuernummer	110/108/00848
Steuerpflicht	Die Gesellschaft ist nach § 1 KStG unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig. Die Gesellschaft ist nach § 2 Abs. 1 GewStG gewerbesteuerpflichtig. Die Gesellschaft ist Unternehmerin i. S. d. § 2 UStG und nimmt bei der Vermietung von Grundstücken und Gebäuden die Optionsmöglichkeiten einer steuerpflichtigen Vermietung im Rahmen des § 9 UStG soweit als möglich in Anspruch.
Steuererklärungen	Die Steuererklärungen für den Veranlagungszeitraum 2013 wurden abgegeben. Die Steuerbescheide liegen vor.
Steuerliche Außenprüfungen	Die Gesellschaft unterliegt der Anschlussprüfung. Die letzte steuerliche Außenprüfung fand vom 12. Dezember 2005 bis zum 17. Februar 2006 (Datum der Schlussbesprechung) statt. Geprüft wurden die Jahre 2000 bis 2003. Vom 28. Oktober 2013 bis 29. Januar 2014 fand eine Lohnsteuer-Außenprüfung für die Jahre 2009 bis 2012 statt.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Darstellung nach dem Fragenkatalog gemäß IDW PS 720

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH datiert vom 21.03.2007 und ist für die Geschäftsführung bindend. Ab 2015 soll eine neue Geschäftsordnung eingeführt werden.

Zusätzlich sind voraussichtlich ab 2015 neben der oben angeführten Geschäftsanweisung, den Organisationsrichtlinien gem. QM-Handbuch auch die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) einzuhalten, wie sie im Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) niedergelegt sind.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Es fand eine Gesellschafterversammlung und drei Aufsichtsratssitzungen statt; Niederschriften wurden erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Mitglieder der Geschäftsleitung gehören keinen Aufsichtsräten an. Die Geschäftsführer nehmen als Geschäftsführer der Bio-Zentrum GmbH die Gesellschafterfunktion bei der BMD GmbH wahr.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütung der Organmitglieder wird unter Hinweis auf §§ 288, 286 Abs. 4 HGB zutreffend nicht im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Das TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH ist nach DIN ISO 9001 zertifiziert. Inhaltlich stellt ein Qualitätsmanagement Handbuch den Organisationsaufbau dar und regelt diesen. Im Mai 2014 hat ein Audit beim TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH stattgefunden. Der im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegte Organisationsaufbau und dessen Regelungen stellen einen den Bedürfnissen des TGZ entsprechenden Organisationsplan dar.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsführung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Bei einem Investitionsvolumen von mehr als TEUR 100 bedürfen die Handlungen der Geschäftsführer der Genehmigung durch die Gesellschafter.

Ab 2015 ist ergänzend im Rahmen der Einführung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) der Abschnitt 8. Korruptionsprävention durch die Gesellschaft zu beachten.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die Geschäftsanweisung der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH für die Geschäftsführer vom 21.03.2007 enthält geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus wird nach den internen Organisationsrichtlinien, wie sie im QM-Handbuch niedergelegt sind, verfahren. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Anweisungen und Richtlinien nicht eingehalten werden.

Zusätzlich sind voraussichtlich ab 2015 neben der oben angeführten Geschäftsanweisung, den Organisationsrichtlinien gem. QM-Handbuch auch die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) einzuhalten, wie sie im Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) niedergelegt sind.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten im Zusammenhang mit sachlichen und zeitlichen Zusammenhängen von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden systematisch untersucht.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens und ist angemessen.

d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es besteht ein funktionierendes Finanzmanagement.

e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Entfällt

f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Durch Ausgliederung des Facilitymanagements an externe Dienstleister ist sichergestellt, dass im Rahmen der Vermietung neben der Miete alle weiteren Entgelte für die Betriebskosten vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Im Übrigen bieten der Betriebsablauf und die Organisation die Gewähr, dass andere als Mietentgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Das bestehende Mahnwesen gewährleistet ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv einzuziehen.

g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Entfällt

Fragenkreis 4: **Risikofrüherkennungssystem**

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Aufgaben und Ziele des Risikomanagements des TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH werden im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegt, einschließlich der Definition der Frühwarnsignale und der zu ergreifenden Maßnahmen.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen sind ausreichend und geeignet ihren Zweck zu erfüllen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Fragenkreis 5: **Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Komplexe Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt

c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Entfällt

d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Die Gesellschaft hat sich einem QM-Audit unterzogen und wurde zertifiziert. Die Organisationsanweisungen im QM Handbuch bieten die Gewähr, dass eine der Größe der Gesellschaft angemessene Funktionstrennung erfüllt wird. Eine interne Revision als eigenständige Stelle ist damit entbehrlich. Wesentliche Teile des Geschäftsbetriebes werden durch die EVH GmbH abgewickelt (Facilitymanagement). Im Rahmen der Geschäftsbesorgung mit der EVH GmbH unterliegt dieser Teil des Geschäftsbetriebes der Prüfung durch die Innenrevision der EVH GmbH.

Durch die erwartete Einführung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) hat die Gesellschaft ab 2015 eine interne Revision einzurichten.

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Entfällt

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisungen und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt

d) **Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt

e) **Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt

f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt

Fragenkreis 7: **Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Entfällt

c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Fragenkreis 8: **Durchführung von Investitionen**

a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Es haben sich keine wesentlichen Überschreitungen bei den abgeschlossenen Investitionen ergeben.

e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: **Vergaberegelungen**

a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Im Geschäftsjahr gab es keine wesentlichen Investitionen. Bei Gebäudeinvestitionen gibt es den Vergabevorschlag der durch die Stadt Halle geprüft wird. Danach erfolgt erst der Gesellschafterbeschluss mit Weisung an die Geschäftsführung.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Fragenkreis 10: **Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat als Überwachungsorgan wird regelmäßig Bericht erstattet. Dies erfolgt mündlich in Sitzungen unter Einsatz von schriftlichen Beschlussvorlagen. Für die Stadt Halle werden darüber hinaus im Quartalsrhythmus Beteiligungsberichte erstellt. Auf Anforderungen erfolgt bei Anfragen eine weitere Berichterstattung durch die Geschäftsführer an ihre Organe und entscheidungsbefugten Stellen.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat wurden über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen liegen nicht vor.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Entfällt

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung mit angemessenem Selbstbehalt liegt vor.

g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Entfällt

Fragenkreis 11: **Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es bestehen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Unternehmensfinanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Eigenmittel.

b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt

c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Zweckbindung für Fördermittel aus Vorjahren (EFRE-Fördermittel) laufen bis 2023. Die Patronatserklärung der Stadt Halle (Saale) und weiterer öffentlicher Gesellschaften stellen unmittelbare und mittelbare Garantieerklärungen der öffentlichen Hand dar. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Gewinnverwendungsvorschlag erfolgt satzungsgemäß und ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Entfällt

b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Es haben sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben.

d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Entfällt

Fragenkreis 15: **Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Entfällt, vgl. a)

TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH

Fragenkreis 16: **Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage wurden nicht eingeleitet. Die voraussichtliche Entwicklung der Ertragslage ergibt sich aus der mittelfristigen vorläufigen Planung für die Jahre 2015 bis 2019.